

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Wildunger Landstraße 1 · 34497 Korbach

An den Vorsitzenden
des Kreistages Waldeck - Frankenberg
Herrn Rainer Hesse
-Kreistagsbüro-
Südring 2
34497 Korbach

EINGEGANGEN am

17. Mai 2021

Fachdienst Kreisorgane,
Organisation, Vergaben und ÖPNV

**Kreistagsfraktion
Waldeck-Frankenberg**

**Daniel May, MdL
Fraktionsvorsitzender**

Geschäftsstelle
Wildunger Landstraße 1
34497 Korbach
Tel.: +49 (5631) 65 708
Fax: +49 (5631) 63 23 8
fraktion@gruene-waldeck-frankenberg.de

Korbach, 16 Mai 2021

Antrag von Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Klimaschutz im Landkreis Waldeck-Frankenberg“
(nach § 9 Geschäftsordnung Kreistag)

Sehr geehrter Herr Hesse,

wir möchten Sie bitten, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Kreistags zu setzen.

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag fordert den Kreisausschuss auf, seine Anstrengungen im Klimaschutz zu verstärken. Maßgabe für das Handeln des Kreisausschusses in allen Bereichen muss sein, im Rahmen seiner Zuständigkeiten und Möglichkeiten das so genannte 1,5° Ziel zu erreichen. Dazu strebt der Landkreis an, bis 2035 Klimaneutralität zu erreichen.

Der Kreistag fordert den Kreisausschuss insbesondere auf, folgende Maßnahmen für den Klimaschutz zu ergreifen:

1. Um unserer Verantwortung gerecht zu werden, die Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen, muss der Landkreis als Eigentümer zahlreicher Gebäude hier beispielhaft vorangehen und dieses Ziel bei seiner Gebäudebewirtschaftung und Investitionsplanung berücksichtigen.
2. Bei eigenen Baumaßnahmen soll der Landkreis (Neubauten, wesentliche An- und Umbauten) primär mit Holzbauweise arbeiten. Das Holz soll dabei aus nachhaltiger Holzbauweise stammen. Bei Bauteilen, die nicht aus Holz erstellt werden können wie beispielsweise Gründungen und Bodenplatten, sollen Recyclingmaterialien verwendet werden.
3. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung soll eine Schulung im Bereich Energieeinsparung am Arbeitsplatz angeboten werden.
4. Der Energieverbrauch der Schulen ist Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften und weiterem schulischen Personal sichtbar zu machen. Fortbildungen über Möglichkeiten, wie Energieeinsatz

eingespart werden kann, sowie die Vereinbarung, dass 50% der eingesparten Kosten den Schulen zur Verfügung gestellt werden, haben sich andernorts bewährt.

5. Wegen der hohen Klimagasemissionen im Verkehrsbereich unterstreicht der Kreistag die Bedeutung eines attraktiven Öffentlichen Nahverkehrs und bittet den Kreisausschuss, die Taktung und Beschleunigung von ÖPNV-Verbindungen voranzubringen. Insbesondere die weitere Beschleunigung der bestehenden Bahnlinien und weitere Taktverdichtungen und die Reaktivierung der Bahnverbindung von Frankenberg ins Mittelzentrum Battenberg-Allendorf sind hierbei voranzubringen.
6. Bei den hessischen Verkehrsverbänden soll ein Angebot für ein hessenweites Landesticket, so wie es für Bedienstete des Landes Hessen besteht, eingeholt werden. Ziel ist, dass der Kreistag den nötigen Beschluss und die Finanzierung für einen Start in 2022 fassen kann.
7. Der Kreisausschuss wird gebeten, bei Carsharing-Anbietern für die Aufnahme unseres Landkreises in ihr Geschäftsfeld zu werben. Auch kommunale Dienstfahrzeuge könnten zum Carsharing angeboten werden, wie es beispielsweise in Kommunen im Landkreis Schwalm Eder erfolgt. Hier soll eine Kooperation mit den Kommunen im Landkreis angestrebt werden.
8. Neu anzuschaffende Dienstwagen der Kreisverwaltung sind generell solche mit reinem Elektroantrieb (keine Hybride). Gleiches gilt für geleaste Fahrzeuge, die zum nächst möglichen Termin in E-Autos gewechselt werden.
9. Bei wesentlichen Straßensanierungsmaßnahmen, die über eine reine Deckensanierung hinausgehen, wird im Regelfall ein baulich getrennter Radweg mit angelegt. Geplante Ausnahmen davon sind dem Umweltausschuss frühzeitig vorzulegen.
10. Der Landkreis unterstützt mit seinen Behörden die Bemühungen der Kommunen zur Ausweisung von innerörtlichen Tempolimits, Zebrastreifen und Maßnahmen zur Radverkehrsförderung.
11. Der Kreistag bekräftigt seinen Beschluss vom 21. September 2017, die Massentierhaltung zu begrenzen und eine Neuordnung der baurechtlichen Privilegierung einzufordern, da diese ein wesentlicher Emittent von Klimagasen ist.

Begründung:

Unser Planet ist vom Klimawandel, dem Verlust biologischer Vielfalt sowie durch Umweltverschmutzung bedroht. Die Bewahrung der Schöpfung und der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen für uns und nachkommende Generationen ist und bleibt eine der vordringlichsten Herausforderungen.

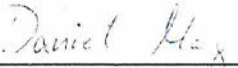
Obwohl die Problematik seit über 40 Jahren allgemein bekannt ist, steigt die CO₂-Konzentration weiter an, und die deutschen Emissionen sind weiterhin auf viel zu hohem Niveau.

Erst das richtungweisende Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat auf Bundesebene dazu geführt, dass nun Klimaschutzziele für alle Bereiche nachgeschärft werden müssen.

Es hängt nun alles von der konkreten Umsetzung ab! Die alleinige Zieldefinition spart noch keine Tonne CO₂. Deshalb sind alle Ebenen zum schnellen und wirksamen Handeln aufgefordert. Alle Emissionsbereiche sind dabei einzubeziehen.

Die vorgenannten Maßnahmen stellen dazu lediglich einen Einstieg dar. Viele weitere Maßnahmen sind umzusetzen. Über weitere gute Vorschläge zum Klimaschutz von anderen Fraktionen in diesem Hause freuen wir uns und hoffen auf Mehrheiten dafür.

Mit freundlichen Grüßen



Daniel May
(Fraktionsvorsitzender)